Wenn fast alles abgelehnt wird, kann man auch vieles als erledigt bezeichnen.

Wünschenswert ist es, diese Liste permanent einsehbar zu halten, und nicht nach einem halben Jahr nachzureichen. So kommt es dann dazu, dass z.B die 5 Anträge, die die FLU bisher in 2017 einreichte, erst mit der Liste zum 30.06.17 auftauchen. Wenn sie zwischenzeitlich abgelehnt würden, tauchen sie dort dann gar nicht mehr auf.

Ebenfalls gibt es Anträge, wie z.B. unser Antrag auf Flüsterasphalt, der wieder aufleben soll, wenn der Belag für Innenstädte genug "ausgeforscht" ist. Dieser wird in der Resteliste nicht mehr geführt. Oder unser Antrag auf Absenkung von Bordsteinkanten. Dieser wird als erledigt bezeichnet, weil man dies bei Neubau bzw. Straßensanierung umsetzt. Die zweite Forderung aus dem Antrag ist allerdings nicht abgearbeitet.

„Resteliste“ der Verwaltung ist deutlich geschrumpft

Unna. Die Stadt hat nun zum zweiten Mal eine Liste mit noch nicht abgeschlossenen Anregungen und Beschwerden vorgelegt. Die Liste ist deutlich geschrumpft und wird nach der kommenden Ratssitzung weiter schrumpfen. Allerdings gibt es auch Themen, die schon seit zwei Jahren ihr Dasein auf dieser Liste fristen. Wie lange sie noch dort stehen werden, ist nicht abzusehen.

↗ Seite 17

Die Einrichtung eines Sinnespfades steht noch auf der „Resteliste“.

Die Einrichtung eines Sinnespfades auf der Eiswiese im Kurpark steht nach wie vor auf der Liste der Anregungen bei der Stadt. Derzeit befindet sich die Nutzungsvereinbarung über das Areal noch in der Abstimmung. Foto: Archiv

Nur noch kleine Reste auf der politischen „Resteliste“

Manche Anträge seit zwei Jahren in der Warteschleife – Neue kommen hinzu

Von Christoph Ueberfeld

Unna. Eingeschränktes Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung mag für die Idee der „Resteliste“ eine Rolle gespielt haben. Die Stadt hat nun zum zweiten Mal eine Liste mit noch nicht abgeschlossenen Anregungen und Beschwerden vorgelegt.

Die Liste ist deutlich geschrumpft und wird nach der kommenden Ratssitzung weiter schrumpfen. Viele Anträge der ersten Liste seien noch mit dem städtischen Haushalt verbunden gewesen. Nach der Verabschiedung des Etats seien diese Anträge auch von der Liste verschwunden, weil sie abgearbeitet worden seien, erklärt Stadtsprecher Oliver Böer.

134 Fraktionsanträge und 62 Eingaben von Bürgerseite waren seit der Wahl des derzeitigen Stadtrates im Jahr 2014 ans Ratsbüro herangetragen worden. „Diese Liste ist nun wirklich sehr repräsentativ“, sagt Stadtsprecher Oliver Böer. Bei Vorlage der ersten Liste habe man seitens der Verwaltung als Kompletteinstieg alle Anträge der vergangenen zwei Jahre zusammengefasst. Derzeit sind es noch 16, die den Status „noch nicht bearbeitet“ haben. Ob dies nun ein gutes oder schlechtes Ergebnis ist, lässt sich schwerlich einschätzen. Böer ist sich allerdings sicher, dass in nächster Zeit wieder mehr Anregungen und Beschwerden auf dieser Listen landen werden.

Als bearbeitet gilt ein Antrag auch, wenn die politische Mehrheit ihn abgelehnt hat. Dazu gehört ein Antrag, den die Verwaltung in Kürze ebenfalls von ihrer Liste streichen kann. Denn schon der Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung hat den Antrag auf Tempo 30 am Ostring 23 bis 27 vorerst abgelehnt. Die Rat wird in der kommenden Woche diesem Votum aller Wahrscheinlichkeit nach folgen.

Ebenso vom Tisch ist der Antrag auf Einrichtung einer Tempo-50-Zone auf der Hammer Straße mit einem gleichzeitigen Überholverbot. Dagegen wird ein Antrag der SPD-Oberstadt wohl noch einige Zeit länger auf dieser Liste einen Platz finden. Die Sozialdemokraten sprechen sich für die Sperrung der Bornekampstraße für den Durchgangsverkehr aus. Es ist ein Antrag, der jüngst wieder an Aktualität gewonnen hat, nach dem die Verwaltung festgestellt hat, das vor allem Ortskundige von der Iserlohner Straße aus in Richtung Unna häufig von ihren Navigationsgeräten durch den Bornekamp geleitet werden. Dadurch hat der Verkehr in Unnas Naherholungsgebiet deutlich zugenommen. Die Verwaltung beratschlagt derzeit, welche geeigneten Maßnahmen sie in dieser Angelegenheit ergreifen kann.

Ebenfalls noch nicht vom Tisch ist ein Antrag der SPD für das Schulhofsanierungsprogramm, wie auch die Einrichtung eines Sinnespfades auf der Eiswiese im Kurpark. Schon länger zurückgestellt ist dagegen ein Antrag, den Lindenplatz in Michael-Hoffmann-Platz umzubenennen.

Eine Bearbeitungsquote ließ sich aus den erledigten Anträgen aber nicht zwingend ableiten. Denn die Grenzen, wann der Antrag als bearbeitet gilt, sind fließend. Mal soll die Stadt erst einen Bericht vorlegen, damit die Politik über eine Idee abstimmen kann oder es erfolgt erst die Abstimmung und dann die Umsetzung des Antrages.

So ist der Antrag des fraktionslosen Ratsherrn Christoph Tetzner auf Einführung eines Abendmarktes an die Gesellschafterversammlung der Stadthalle gegangen, die für die Durchführung des Wochenmarktes zuständig ist. Dann geht er zurück in die politische Beratung.

Auch die Parksituation am Bahnhof in Lünern, in unterschiedlichen Anträgen von SPD und CDU vorgetragen, ist noch nicht abschließend geklärt. Es ist zugleich der Antrag, der schon am längsten auf dieser Liste einen Platz hat.

Immer noch, aber mit einem anderen Hintergrund, beschäftigt sich die Verwaltung mit dem zunehmenden Autoverkehr im Bornekamp. Foto: Archiv

Liste sorgt für Transparenz

Verwaltung legt halbjährlich der Politik einen Bericht vor

Anfang 2015 hatte FLU-Ratsherr Klaus Göldner die sogenannte „Resteliste“ mit seinem Antrag auf den Weg gebracht. Göldner argumentierte damals: „Es kommt immer wieder einmal vor, dass sich plötzlich die Frage stellt, was eigentlich aus diesem oder jenem Antrag geworden ist. Mein Eindruck ist, dass dies zugenommen hat. Das mag an der Überlastung der Verwaltung liegen, ist aber dennoch nicht hinnehmbar.“

Das brachte ihm harsche Kritik vom 1. Beigeordneten Karl-Gustav Mölle ein, der ein Grundvertrauen der Politik in die Verwaltung einforderte, um nicht jede Information bis in die tiefste Detailebene belegen zu müssen. Die Politik argumentierte dagegen mit größerer Transparenz – auch gegenüber den Bürgern dieser Stadt. Am Ende stand der Beschluss, dass das Rathaus zwei Mal pro Jahr über noch nicht bearbeitete Anträge von Bürgern und Fraktionen berichtet. Beginnend mit dem 1. Januar 2016 hat das Rathaus eine entsprechende Liste geführt, die der Politik jeweils Ende Juni und Ende Dezember in einer öffentlichen Berichtsvorlage zur Verfügung gestellt wird.

Dies sei die wohl einfachste Form, der Bitte nach einer solchen „Resteliste“ nachzukommen. Zuvor hatte das Rathaus auch andere Möglichkeiten geprüft, etwa das digitale Ratsinformationssystem im Internet, um einen entsprechenden Bereich zu ergänzen. So lange die Politik nicht anders entscheidet, wird das Rathaus auch künftig halbjährlich diese „Resteliste“ veröffentlichen, sagt Stadtsprecher Oliver Böer. Die nächste folgt dann im Juli oder August.